

# Eine Chance für uns alle

**Klaus Töpfer** will die Energiewende durch einen Altschulden- und Innovationsfonds weiterführen.

Die Energiewende ist ein Erfolg. Ob sie erfolgreich bleibt, hängt vom Mut der Politik ab, die Finanzierung neu zu ordnen. Erforderlich ist eine grundsätzliche Neuüberlegung der Frage, wer die Kosten trägt, wie lange und unter welchen Bedingungen. Hier setzt unser Vorschlag einer Fondsfinanzierung an. Durch eine gerechtere Finanzierung stößt er die Tür zu einer nachhaltigen Energiewende auf.

Die Energiewende kann sich sehen lassen: Die Atomkraft ist verzichtbar. Der Netzausbau kommt voran. Ein Blackout ist ausgeblieben. Neue Technik zur Speicherung von Strom kommt. Der Anteil erneuerbarer Energien (EE) an der Stromerzeugung stieg von sechs Prozent 2000 auf über 25 Prozent 2012. Möglich wurde dies durch ein Bezahlmodell mit zwanzigjähriger Förderung von Innovationen.

Anfangs erforderte eine Kilowattstunde Strom aus Sonnenenergie noch 57 Cent. Insbesondere bei großen Photovoltaikanlagen ist eine weitere Reduzierung in unseren Breiten auf unter sieben Cent absehbar. Diesen technischen Durchbruch bezahlt der Stromverbraucher mit hohen Jahressummen, im Jahr 2013 mit circa 21 Milliarden Euro. Strom aus erneuerbaren Quellen ist gegenüber Strom aus neuen fossilen Rohstoffen wettbewerbsfähig und viel umweltfreundlicher.

Dennoch gibt es in diesem System gravierende Probleme und unsinnige Wirkungen. Die Stromrechnung ist durch die EE künstlich aufgebläht. Viele Industrie-Ausnahmen von der Umlage gehen über die berechtigten Interessen exportabhängiger und energieintensiver Unternehmen hinaus. Die kumulierten Umlagekosten werden entgegen ihrem Innovationscharakter den Stromverbrauchern angelastet und nicht wie bei anderen Infrastrukturinvestitionen über die gesamte Nutzungszeit vom Staat getragen.



dena (P)

Die Stromrechnungen sagen nicht die Wahrheit über die erreichte Kostendegression bei den EE. Wir ernten die Früchte nicht und blockieren obendrein die Erneuerung des Stromsystems.

Deswegen plädieren wir für eine grundlegende Reform des Strommarktes mit einer Neuaufstellung der künftigen Förderung und Vermarktung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel eines weiteren Ausbaus muss das EEG grundsätzlich novelliert werden. Das ist eine Lehre, die auch für andere Länder hoch wichtig ist.

Es ist gerecht und nachhaltig, die Investition über den gesamten Nutzungszeitraum

abzuschreiben anstatt nur über den willkürlich festgelegten Förderzeitraum von 20 Jahren. Heute geförderte Anlagen können über mehr als 20 Jahre weiteren Strom erzeugen, der bei niedrigsten Kosten verkauft oder selbst genutzt werden kann. Es entsteht bei ihnen kein Aufwand für Brennstoffe. Der Nutzen von Investitionen, der über die Vergütungslaufzeit hinaus besteht, muss allen Zahlern und der Gesellschaft zugänglich sein. Die Erträge aus dem „goldenen Ende“ sollten geteilt, die Vergütung sollte über einen längeren Zeitraum refinanziert werden. Das ist nachhaltige Generationengerechtigkeit.

Ein Altschulden- und Innovationsfonds würde dies leisten. Mehrkosten und Lasten der Innovation und Markteinführung würde er aus der EEG-Umlage herausnehmen. Die Umlage würde beim Wert eingefroren, der sich bei Photovoltaik, Windenergie zu Lande und Biogas aus der jetzt erreichten Wettbewerbsfähigkeit ergibt. Der Offshore-Windenergie würde ein zusätzliches Zeitfenster für den Nachvollzug der innovationsgetriebenen Senkung ihrer spezifischen Kosten eingeräumt. Die Klar der Innovation zuzurechnenden Kosten würden in den Fonds verlagert. Die Tilgung könnte etwa ab 2025 erfolgen. Dann sinkt die Umlage durch das Auslaufen der teuren Förderung früher Anlagen.

Zur Tilgung des Fonds kommt eine Abgabe auf die Stromerzeugung aus abgeschriebenen Anlagen der EE infrage. Auch ein wiederbelebter Emissionshandel trüge hierzu bei. Ein wesentlicher Anteil käme vom Staat und könnte per langfristiger Anleihe finanziert werden.

Eine Fondslösung ist die politische und ökonomische Voraussetzung für eine nachhaltige Reform von EEG und Energiemarkt. Ein schlüssiges Ordnungsprinzip für Staat, Individuum (Investor) und Markt ist nötig. Unsere Lösung stellt Transparenz der Erzeugungskosten sicher und sendet auch anderen Staaten ein dringend nötiges Signal. Der Verdacht Brüssels, das jetzige Bezahlmodell sei eine unzulässige Subvention, wäre gegenstandslos. EE können heute so erzeugt, verkauft und verwendet werden, dass sie wettbewerbsfähig sind. Die Politik ist jetzt am Zug, um die Energiewende zu einer großen Chance für uns alle zu machen: in Deutschland, aber auch in Europa und in der Welt.

**Der Autor ist Bundesminister a.D.**

Co-Autoren sind Günther Bachmann, Nachhaltigkeitsrat, Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband, sowie Alexander Müller, Institute for Advanced Sustainability Studies. [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)